

Der »Ausländereinsatz«: Zwangsarbeiter in Baden und Hohenzollern 1939–1945

40 000. Sie wurden unter fürchterlichen Bedingungen, in Viehwaggons und kaum mit Wasser und Lebensmitteln versorgt, nach Deutschland verschleppt. In entsprechend schlechter Verfassung kamen sie hier an und hinterließen so auch den gewünschten propagandistischen Eindruck²⁴.

Nach der Niederlage von Stalingrad Anfang 1943 gab es einen neuen qualitativen Sprung, als die Rüstung und die Zahl deutscher Soldaten erneut erhöht werden mußten. Zum einen wurden in ganz Europa neue Massen an Zwangsarbeitern beschafft. So kamen bis Kriegsende nochmals 2,5 Millionen ins Reich herein, darunter 600 000 italienische »Militärinternierte«. Zum anderen ging es darum, die Leistungen der ausländischen Arbeiter wesentlich zu steigern. Der sogenannte »Ausländereinsatz« wurde jetzt verstärkt nach kriegswirtschaftlichen Belangen organisiert, wodurch sich auch die Lebensbedingungen teilweise besserten. Dennoch behielt die Ideologie ihren Stellenwert.

3. DIE LEBENSBEDINGUNGEN DER ZWANGSARBEITER

Die rassistische NS-Ideologie führte eine menschenverachtende Hierarchie unter den ausländischen Zwangsarbeitern ein, die sich auf allen Gebieten widerspiegelte. In puncto Essenzuteilung, Unterkunft, Arbeitszeit und Löhne wie auch bei den Bestimmungen der Gestapo waren Westarbeiter deutlich besser gestellt als die Arbeiter aus dem Osten²⁵. Auf der NS-Rangleiter rangierten die französischen Zivilarbeiter an der Spitze vor denen aus anderen westlichen Ländern. Unter ihnen standen die Arbeitskräfte aus den mit Deutschland verbündeten Ländern wie Ungarn und Rumänien. Die nächste Position auf dieser braunen Stufenleiter nahmen die Arbeiter aus der Tschechoslowakei ein, dann die Polen. Die Menschen aus der UdSSR, im Nazi-Jargon Ostarbeiter genannt, stellten die weitaus größte Gruppe unter den Ausländern, aber auch diejenige mit den schlechtesten Lebensbedingungen. Ab Sommer 1943 fanden sich auch die Italiener ganz unten. Sie waren vom NS-Regime zu sogenannten »Militärinternierten« deklariert worden, um ihnen die Rechte der Genfer Kriegsgefangenenkonvention leichter vorenthalten zu können.

Die Lage der Sowjetbürger möchte ich genauer untersuchen. Nach den »Ostarbeitererlassen« vom 2. Februar 1942²⁶ war schon bei Hinweisen auf *Disziplinwidrigkeit nur mit harten Maßnahmen, d. h. Einweisung in ein Konzentrationslager oder Sonderbehandlung* vorzugehen. Letzteres bedeutete sofortige Erschießung. Alle »Ostarbeiter« hatten das Zeichen »Ost« zu tragen. Sie durften offiziell nur in Lagern untergebracht werden, die zunächst auch noch mit Stacheldraht umzäunt sein mußten. Jeder außerbetriebliche Kontakt mit Deutschen war untersagt. Die Ostarbeitererlasse betonten, daß die deutschen »Herrenmenschen« grundsätzlich als Vorgesetzte zu gelten hätten. Wie für die Polen wurde auch für die Ostarbeiter eine neue, noch höhere Steuer eingeführt. Letztlich blieb ihnen für ihre Arbeit pro Tag nur noch der Gegenwert von drei, vier Zigaretten²⁷.

Vor allem die Ernährungsvorschriften verdeutlichten, daß der Rassismus weiterhin Vorrang vor kriegswirtschaftlichen Erwägungen besaß. Nachdem Göring im ersten Einsatzbefehl darauf hingewiesen hatte, wie *genügsam* die Russen seien²⁸, überschritten die Verpflegungssätze weder der Menge noch der Qualität nach kaum das Existenzminimum. Die Ostarbeiter erhielten »Pferde- und Freibankfleisch«, das für deutsche Esser unzumutbar war. Im

24 HERBERT (wie Anm. 2), S. 30.

25 MOMMSEN (Anm. 20), S. 713ff. zeigt, daß auch die westlichen Zwangsarbeiter ständig in Gefahr waren, Gesundheit und Leben durch Mißhandlungen und Repressalien zu verlieren.

26 HERBERT (wie Anm. 2), S. 28.

27 PETER: Rüstungspolitik (wie Anm. 5), S. 352.

28 IMT, Bd. 27. Aktennotiz vom 7.11.1941, S. 56ff.